

Martin Schulz als Wirtschafts- und Sozialpolitiker

Wickelwackel!

von Charles Pauli / isw München

Martin Schulz ist nun also Kanzlerkandidat der SPD. Gesucht wird in der Presse deshalb unter anderem sein wirtschaftspolitisches Profil. Die Sache scheint schwierig zu sein. So schreibt die Wirtschaftswoche: „In Wirtschaftsfragen fiel Schulz bislang kaum auf.“ Die SZ dagegen sieht das ganz anders und meint: „...allerdings äußerte er sich in der Vergangenheit deutlich zu wirtschaftlichen Fragen.“

Wenn sich also schon die Presse nicht einig ist, ob es bei Schulz überhaupt einen wirtschafts- und sozialpolitischen Standpunkt auszumachen gibt, sieht das eher nicht nach klarer Kante aus. Klar ist allerdings eins: Linkssozialdemokratisch ist Schulz nicht.

Schulz war, soweit man weiß, ein Befürworter der Agenda 2010. Er ist seit 1999 Mitglied im Parteivorstand der SPD und Mitglied im Parteipräsidium, hat also an der neoliberalen Schröderisierung der Partei mitgewirkt.

In der Zeit ab 2000 wird er als Zentrist portraitiert, der die Auseinandersetzungen zwischen dem linken und rechten Flügel der SPD entschärfen wollte. Allerdings stoßen wir bezüglich der Agenda 2010 bereits auf ein erstes Ja-aber. So soll sich Schulz 2006 gegen geplante Verschärfungen von Hartz IV ausgesprochen haben. Bekannt ist des Weiteren, dass er ein Anhänger des Mindestlohnes ist und sich für die Einführung einer [Finanztransaktionssteuer](#) [5] ausgesprochen hat.

Viel ist das alles nicht. Als vehementer Kritiker der zunehmenden Ungleichheit in Deutschland ist der Kandidat, der jetzt das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen will, nie hervorgetreten oder gar konkret geworden.

► Europa

Aber Schulz ist ja auch in erster Linie Europapolitiker. Ein Blick auf seine wirtschaftspolitischen Positionen zu Europa dürfte vielleicht etwas ergiebiger sein. Aber auch hier ist Schulz keineswegs dadurch aufgefallen, dass er die zerstörerische [Austeritätspolitik](#) [6] bekämpft hätte, die die Euro-Überschussländer unter der Führung Deutschlands erzwungen haben. In der Eurokrise zeigte sich das auch am Beispiel Griechenland: Schulz unterstützte weitgehend die Politik, Griechenland „Strukturenreformen“ aufzunötigen. Andererseits spricht er sich angesichts des Scheiterns dieser Sparpolitik ab und an für deren Lockerung aus. Auch hier hat Schulz keinen klaren Standpunkt, sondern einen Wackelpunkt.

In einer Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigte er sich 2015 als entschlossener Vertreter des Sowohl-als-auch bei der Austeritätspolitik. Interessant dabei: Schulz bedient sich der allerdümmsten neoklassischen Argumentationsfiguren, die man zu diesem Thema überhaupt finden kann:

„Um es ganz klar zu sagen: Ich bin für nachhaltige Staatshaushalte. Nachhaltige Staatshaushalte sind aber kein Selbstzweck, sondern sind eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir können unseren Kindern ja keine Schuldenberge hinterlassen. Die Erfahrung lehrt uns auch, dass eine zu hohe Schuldenquote ungute Folgen nach sich zieht. Denn die Refinanzierung von Staatsschulden erschwert Wachstum, vor allem die Investitionstätigkeit des Staates und belastet die Wirtschaft.“ ~ Martin Schulz

Wenn Schulz schon in neoliberaler Manier den Zusammenhang zwischen Schulden und Ersparnis nicht kennt, wenn er meint, kreditfinanzierte Staatsnachfrage „belastet“ prinzipiell die Wirtschaft, könnte ihm aber doch zumindest auffallen, dass er seinen zwei Söhnen keine Schuldenberge vererben wird, sondern vermutlich ein kleines Vermögen, das doch mit Sicherheit auch in einigen Bundeschatzbriefen und anderen Staatspapieren angelegt sein dürfte. Und dann fährt er fort. „Aber ich bezweifle, dass Sparen allein der richtige Weg zum Abbau der Staatsschulden ist“, und schlägt ein europäisches Investitionsprogramm vor. Der Staat soll also gleichzeitig sparen und investieren? Wickelwackel.

Möglicherweise keimt bei Schulz neuerdings die Erkenntnis auf, dass die [Eurozone](#) [7] als Wettbewerbs- und Konkurrenzveranstaltung nicht funktioniert. So trat er zumindest kurzfristig für [Eurobonds](#) [8] ein, ohne allerdings dieser Forderung jemals Nachdruck zu verleihen. Das oben angesprochene Investitionsprogramm gibt es inzwischen – initiiert von [Jean-Claude Juncker](#) [9]. Allerdings setzt dieses Programm auf private Investitionen, vorwiegend in Infrastrukturen,

und dürfte damit völlig falsch konzipiert sein.

Und natürlich: Schulz ist Anhänger von Freihandelsabkommen. Für CETA hat er sich mächtig in die Bresche geworfen, um die wallonische Regionalregierung doch noch umzustimmen. Bei TTIP war er zurückhaltender, nahm die Kritik an den Investitionsschutzregelungen auf und beschwerte sich, dass die USA sich in diesem Punkt nicht bewegten. In der Steuerpolitik vertritt Schulz Konzepte gegen Steuerflucht und das Prinzip, dass Gewinne da versteuert werden müssen, wo sie erzielt werden.

► Fazit

Wirtschafts- und sozialpolitisch ist das alles ziemlich dünn, widersprüchlich und zumindest teilweise im neoliberalen Denken verhaftet. Wenn Schulz tatsächlich einen Wahlkampf zum Thema „**soziale Gerechtigkeit**“ führen will – und wenn er in diesem Wahlkampf über Sprechblasen hinauskommen möchte – müsste er gewaltig nachlegen. Es gibt bisher aber keine Anzeichen, dass Schulz einen Bruch mit dem neoliberalen Kurs der Sozialdemokratie anstrebt. Wenn er die SPD wieder auf einen sozialdemokratischen Weg führen möchte, wird er unter anderem für eine Verbesserung des Mindestlohns, für eine deutliche Stärkung der gesetzlichen Rente, gegen befristete Arbeitsverträge und für die Stärkung von „Normalarbeitsverhältnissen“ und für ein gerechteres Steuersystem kämpfen müssen.

Ob das für Schulz machbar ist, muss man bezweifeln. Eher wird der Kandidat sich wohl wirtschafts- und sozialpolitisch durch den Wahlkampf wickelwackeln.

Charles Pauli

Heike Makatsch / Jan Josef Liefers - Steuer gegen Armut (Dauer 2:53 Min.)

► **Quelle:** Erstveröffentlicht am 30.01.2017 bei isw-München > [Artikel](#) [10].

► **Mehr Informationen und Fragen zur isw:**

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München

Fon 089 – 13 00 41, Fax 089 – 16 89 415

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de [11]

► **Infos über Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. :**

Im Juni 1990 haben kritische Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen zusammen mit GewerkschafterInnen in München das isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. gegründet. Seitdem haben wir fast zweihundert Studien und Berichte veröffentlicht.

Das isw versteht sich als Wirtschaftsforschungs-Institut, das alternativ zum neoliberalen Mainstream Analysen, Argumente und Fakten für die wissenschaftliche und soziale Auseinandersetzung anbietet. Unsere Themen und Forschungen beziehen sich deshalb in besonderem Maß auf die "Bedürfnisse" von Gewerkschaften und von sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen. Unser Anspruch ist, Wissenschaft in verständlicher Form darzustellen und anschaulich aufzubereiten. Deshalb sind isw-Ausarbeitungen auch besonders geeignet für Unterricht und Schulungsarbeit und als Grundlage für Referate und Diskussionen. Die Mehrheit unserer LeserInnen, AbonnentInnen und Förder-Mitglieder sind Menschen, die sich in Bewegungen und Gewerkschaften engagieren.

- Im Zentrum unserer wissenschaftlichen Analysen und Forschungsarbeit stehen Fragen und Probleme der Globalisierung, der Bewegung des transnationalen Kapitals, der Rolle und Wirkungen der Multis und transnationalen Institutionen (IWF, WTO, OECD, G7, etc).
- Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bilden Verteilungsfragen: Einkommens- und Vermögensverteilung, Interdependenz von privatem / gesellschaftlichem Reichtum und Armut.
- Im Rahmen der Friedensforschung befassen wir uns mit Aspekten der Rüstungsökonomie (z.B. Konzentration in der Rüstungsindustrie), der Militärstrategie und Auswirkungen von Rüstung und Krieg.
- Im ökologischen Bereich konzentrieren wir uns auf Fragen der Energiewirtschaft und -konzerne.
- Schließlich beschäftigen wir uns kontinuierlich mit Untersuchungen zur Entwicklung der Sozialsysteme, der Konjunktur- und zyklischen Entwicklung der Weltwirtschaft.

Auf Veranstaltungen und jährlich stattfindenden isw-Foren werden Erfahrungen ausgetauscht, Gegenstrategien diskutiert und Alternativen erarbeitet. Wir freuen uns über Vorschläge und Anregungen, aber auch über solidarische Kritik.

► Unterstützung

isw braucht Fördermitglieder, Spenden und AbonnentInnen

Das isw kann inzwischen auf 25 Jahre intensiver Publikations-, Vortrags- und Seminararbeit zurückblicken. Ohne die Unterstützung unserer Fördermitglieder, ohne zusätzliche Spenden und ohne AbonnentInnen hätten wir dies nicht schaffen können.

Ein alternatives Projekt wie das isw ist auf aktive Mitarbeit und auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die materielle Grundlage unserer Arbeit schaffen unsere Leserinnen und Leser. Weder Parteien noch Verbände noch Stiftungen alimentieren uns. Unsere Publikationen finanzieren wir, neben der Selbstaubeutung der Autorinnen und Autoren und der zahlreichen Aktiven im Institut, aus den Beiträgen der rund 1.500 FörderInnen und AbonnentInnen. Jeder Euro, jedes zusätzliche Fördermitglied, jedes zusätzliche Abonnement ist von Bedeutung.

- [Spenden für isw](#) [12]
- [isw-Fördermitglied werden.](#) [13]
- [isw-AbonentIn werden.](#) [14]

► Bild- u. Grafikquellen:

1. Martin Schulz: von 2012 bis 2017 war er [Präsident des Europäischen Parlaments](#) [15], dessen Mitglied er seit 1994 ist. Am 29. Januar 2017 wurde Schulz vom SPD-Parteivorstand einstimmig als Kanzlerkandidat seiner Partei für die [Bundestagswahl 2017](#) [16] nominiert. Er soll gleichzeitig den Vorsitz der SPD übernehmen. Bildbearbeitung: Wilfried Kahrs (WiKa), QPress.

2. "AUSTERITY KILLS". Foto/Grafik: [Teacher Dude](#) [17]. Quelle: [Flickr](#) [18]. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic ([CC BY-SA 2.0](#) [19]).

3. SOZIAL DENKEN? Als vehementer Kritiker der zunehmenden Ungleichheit in Deutschland ist der Kanzlerkandidat, der jetzt das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen will, nie hervorgetreten oder gar konkret geworden. Foto: SPÖ Presse und Kommunikation. © SPÖ/Johannes Zinner. Quelle: [Flickr](#) [20]. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic ([CC BY-SA 2.0](#) [19]).

Quell-URL: <https://kritisches-netzwerk.de/forum/martin-schulz-als-wirtschafts-und-sozialpolitiker-wickelwackel?page=0>

LINKS

- [1] <https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/6154%23comment-form>
- [2] <https://kritisches-netzwerk.de/user/register?destination=comment/reply/6154%23comment-form>
- [3] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/martin-schulz-als-wirtschafts-und-sozialpolitiker-wickelwackel#comment-2063>
- [4] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/martin-schulz-als-wirtschafts-und-sozialpolitiker-wickelwackel>
- [5] <https://de.wikipedia.org/wiki/Finanztransaktionssteuer>
- [6] <https://de.wikipedia.org/wiki/Austerit%C3%A4t>
- [7] <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurozone>
- [8] <https://de.wikipedia.org/wiki/EU-Anleihe>
- [9] https://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Claude_Juncker
- [10] <https://isw-muenchen.de/2017/01/martin-schulz-als-wirtschafts-und-sozialpolitiker-wickelwackel/>
- [11] <http://www.isw-muenchen.de>
- [12] <http://isw-muenchen.de/spenden-fuer-isw/>
- [13] <http://isw-muenchen.de/foerdermitglied/>
- [14] <http://isw-muenchen.de/abos/>
- [15] https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sident_des_Europ%C3%A4ischen_Parlaments
- [16] https://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_2017
- [17] <http://teacherdudebbq.blogspot.de/>
- [18] <https://www.flickr.com/photos/teacherdudebbq2/8396339048/in/photolist-dMXr5m-ahM4qb-shF6C7-diNnLg-h7XAgW-dhPBLH-dvWGHG-o28EAs-ry4oan-dvQHVv-dvWe1E-dvWddL-diNk9u-7NspNa-rERYAY-iizHjL-dvWxVN-dgni24-9LXCr3-anWEfk-r1s7vs-r2CBM1-aoUmAT-pNgWza-dvWGCf-dvQRzR-dvWEm7-dvQZpe-dvWdt5-dvRafa-dvRa9R-dvR9dK-dvR8hT-dvWhEb-rETHb-dvQLCr-dvWfrs-dvQDHg-dhPBUC-dvWjhA-o5VXj4-eQzPJy-8FLUaA-rETacs-dE3UZb-aoX7py-aoUmz4-aoUmxR-cdv8Jb-dvWjc3/>
- [19] <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de>
- [20] <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/15879191036/in/photolist-qcc1gN-hhmPxg-hhmPx6-hhmcYH-bUhC2V-bUhB4v-hhmcCk-5WVwKE-qPg4o8-dAexf8-maQMBE-maQ4rz-maRGNW-maQMMp-cw8Z3s-qdhRjq-bFjdNZ-dAbz5g-pohF1M-pExn8Z-pok3WL-pCFHX5-dhUBW5-dhUCcz-dhUCgT-nsjuew-gKkmF9-bnFyht-bnJ5dB-pX2Fdc-qcc1R5-pWUief-phtXho-pX2D28-qepUeL-aT9nW4-aT9kxm-f5AnsS-nrz2Ar-nrhDGz-na5Eg7-npwAoj-ntkRip-nrBslw-na5Bma-nrhDMV-na5EKy-na5B8T-nrhE5D-nrhDB4>
- [21] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/agenda-2010>
- [22] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/austeritat>
- [23] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/austeritatspolitik>
- [24] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/bundestagswahlkampf>
- [25] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/ceta>
- [26] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/charles-pauli>
- [27] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/eu-anleihe>
- [28] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/euro-uberschusslander>
- [29] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/eurobonds>
- [30] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/eurokrise>
- [31] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europaische-union>
- [32] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europaisches-parlament>
- [33] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europapolitiker>
- [34] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/eurozone>
- [35] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/finanztransaktionssteuer>
- [36] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/freihandelsabkommen>
- [37] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/friedrich-ebert-stiftung>
- [38] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/gerhard-schroder>
- [39] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/hartz-iv-0>
- [40] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/investitionsprogramm>
- [41] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/jean-claude-juncker>
- [42] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/kanzlerkandidat>
- [43] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/martin-schulz>
- [44] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/mindestlohn>
- [45] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberalismus>
- [46] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/restriktive-fiskalpolitik>
- [47] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/schroderisierung>
- [48] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialdemokratie>
- [49] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialverrat>
- [50] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/soziale-gerechtigkeit>
- [51] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/soziale-ungerechtigkeit>
- [52] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sparpolitik>
- [53] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/spd>

[54] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/ttip>

[55] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/ungleichheit>

[56] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/zentrist>